

Maibaum

Organ der Kommunistischen Linksoption

Zu beziehen durch
Hans Thoma, Wien, II., Novaragasse 24
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ
Nr. 9 April—Mai 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig.— Preis bei Arbeitslosenvermittlung
und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S —90

Kampf-Mai des Weltproletariats!

An alle revolutionären Arbeiter!

Im Zeichen erbitterter Kämpfe begeht das Weltproletariat den 1. Mai 1932. In allen Ländern des Kapitalismus erhebt die soziale Reaktion immer mächtiger ihr Haupt. Das furchtbare Elend jahrelanger Arbeitslosigkeit lastet auf vielen Millionen, in ganzen Gebieten von Europa, ja selbst in Deutschland, herrscht nackter Hunger.

Das kapitalistische System, unfähig, die entfalten Produktivkräfte innerhalb der nationalen Grenzen zu bändigen, in seinen Grundfesten erschüttert, beschreitet immer offener den einzigen Ausweg, der ihm geblieben ist:

Faschismus und Krieg

Im Herzen Mitteleuropas, in Deutschland und Oesterreich, dort, wo alle Widersprüche des kapitalistischen Systems durch die Zwangsjacke des Versailler Systems unerhört verschärft sind, geht das Kapital offen dazu iber, auf dem Wege der blutigen Niederverwerfung der Arbeiterbewegung fruhkapitalistische Zustände durch den Faschismus einzufuhren.

Im fernen Osten setzt der räuberische japanische Imperialismus, vom Fieber der Krise geschüttelt, seine blutigen Unterdruckungsaktionen in China fort und bedroht immer sichtbarer die Sowjetunion, den Staat der Arbeiter und Bauern.

Während die imperialistischen Mächte in Geni von Abrüstung reden, wächst die Produktion der Waffen, der Giftgase, wächst die offene und geheime

Vorbereitung des neuen Weltkrieges

in allen imperialistischen Staaten.

Die Arbeiterklasse der Welt steht neuen Angriffen, neuen Gefahren gegenuber. Mit allen Mithen mühlen sich die Reformisten, die Führer der 2. Internationale, die Arbeiterklasse vom revolutionären Massenkampf gegen das bankrotte kapitalistische System fernzuhalten. Statt den Kampf für den Sozialismus zu fuhren, soll die Arbeiterklasse für den

Staatkapitalismus

im bürgerlichen Staate eintreten, fordern die Wels und Leipart, die Otto Bauer und Renner, die Kautsky und Hilferding. Als ob das Los der Arbeiterklasse anders wäre, wenn ihr das Kapital nicht mehr in Einzelunternehmern, sondern als Kollektiv gegenubertritt!

Würde die Arbeiterklasse den Weg gehen, den ihr die Sozialdemokratie weist, sie würde kampflos unter das Joch des Faschismus, unvorbereitet in den neuen Weltkrieg geraten.

Einzig und allein die Kommunisten sind es, die seit 1918 der Arbeiterklasse den Weg gewiesen haben, der zum Sozialismus fuhrt, den

Weg der proletarischen Revolution

Ihre eigenen, bitteren Erfahrungen bestätigen es der Arbeiterklasse immer wieder, daß das historische Recht auf der Seite des Kommunismus steht.

Nur die proletarische Revolution, nur die Aufriichtung der proletarischen Diktatur hat die Vergesellschaftung der Produktion in der Sowjetrepublik ermöglicht, nur auf dem Boden der Errungenschaften der Oktoberrevolution war es möglich, so gewaltige Erfolge in dem rückständigen Rußland zu erzielen. Gewiß: der Sieg der Oktoberrevolution blieb vereinzelt und eine Fulle von Schwierigkeiten erwachsen immer und immer wieder für den Arbeiterstaat aus seiner Isolierung. Diese Schwierigkeiten zu iberwinden, ist im Rahmen der Sowjetunion unmöglich, wie es eine reaktionäre Utopie ist, zu glauben, das isolierte Rußland könnte eine nationale, sozialistische Gesellschaft aufbauen. Gewiß: die Gruppe innerhalb der Kommunistischen Partei Rußlands, die heute die Partei, die proletarische Diktatur und die Komintern fuhrt, die Gruppe Stalin, verscharf durch ihre schwankende zentristische Politik alle Widersprüche und untergräbt die Kraft der proletarischen Diktatur, indem sie ihr Rückgrat zerschlägt, die Kommunistische Partei, die ohne richtige Strategie, ohne revolutionäre Arbeiterdemokratie verkümmert.

Aber der Bestand der Sowjetrepublik ist trotz der verhängnisvollen Fehler der Gruppe Stalin ein revolutionärer Faktor von unermelicher Bedeutung

Gestützt auf ihn, sind die Bedingungen für den revolutionären Machtkampf der Arbeiterklasse objektiv iberaus günstig und es sind einzig und allein die ungeheuren Fehler der Komintern

ihr Verzicht auf die Sammlung der gesamten Arbeiterklasse durch eine richtige Politik, ihr opportunistisches Spiel mit kleinbürgerlichen Ideen (Nationalismus), die bisher verhinderten, die objektiven Möglichkeiten auszunutzen!

Noch ist es Zeit!

Die ungeheure Krise beschleunigt das Erwachen der deutschen Arbeiter und zeigt immer deutlicher den Kommunisten den Irrsinn der zentristischen Politik der Parteifuhung. In Oesterreich wächst der Widerstandswille der Arbeiter, in den Städten und Dörfern Ungarns flackert der revolutionäre Elan von neuem auf, die großen Massenstreiks der polnischen und tschechischen Arbeiter sig-

nalisieren die Radikalisierung der Arbeiterklasse dieser Länder.

Eine neue Welle der Revolution reift heran, unter furchtbaren Kämpfen, bedroht vom Faschismus, vom neuen Kriege.

Alles, alles wird davon abhängen, ob die Kommunisten fähig sind, ihre historische Pflicht zu erfullen, die Arbeiterklasse zum Kampf zu fuhren. Die Komintern, die Kommunistische Partei für diesen Kampf zu stählen -- das ist unsere Aufgabe -- die Aufgabe der

Linken Opposition der Komintern (Bolschewiki-Leninisten)

Es lebe der Kampf-Mai der Arbeiterklasse!

Es lebe die Sowjetrepublik!

Es lebe die proletarische Revolution!

Die Leitung der Linken Opposition der Komintern (Bolschewiki-Leninisten).

Die Exekutive der Kommunistischen Linksoption Oesterreichs.

Die Wahlen in Oesterreich

Der Faschismus im Anmarsch!

Parteilgenossen! Zieht die richtigen Lehren aus den Wahlen!

Für ein „rotes Oesterreich“ zog die Sozialdemokratie in den Wahlkampf und der faschistische Pferdefuß ist das Ergebnis. Der Samen, den die SP-Politik gesät hat, beginnt zu reifen. Der Hakenkreuzfaschismus hat im Sturm gewaltige Massen um sich gesammelt. Die sozialdemokratische Presse versucht, den Aufmarsch des Hitlerfaschismus in Oesterreich mit Siegesmeldungen iber die Gewinnung von je einem Mandat in Wien und Niederosterreich zu ibergehen. Aber diese Mandate als Ergebnis der Tücke des Proporzsystems können nicht iber die Tatsache hinwegtäuschen, daß der Faschismus nicht nur auf Kosten der bürgerlichen Parteien, sondern auch auf Kosten sozialdemokratischer Wahlermassen seinen gewaltigen Aufstieg vollzogen hat. Noch jubeln die Burokraten und Parlamentarier iber die Mehrheit in Wien -- aber wie lange noch?

In Wien verlor die SP 21.000, in Niederosterreich 19.000, in Salzburg 7000 Stimmen. Ganz beträchtlich sind ferner die Verluste der SP in Kärnten und Steiermark, die zum Großteil direkt den Nazi zugute kommen.

Die Christlichsozialen verloren in Wien neuerlich 50.000 und in Salzburg 7000 Stimmen und die Mehrheit im niederosterreichischen Landtag. Die Schoberparteien sind gänzlich von der BILDflache verschwunden.

Die Nationalsozialisten sind die Erben der Wählerschaft der Schoberparteien und der Hahnenschwanzfaschisten geworden und haben gewaltige Bresche geschlagen in die Christlichsoziale Partei. Aber auch die Sozialdemokratie wurde in der Provinz (Kärnten und Steiermark) hart von den Nazi bedrängt. Nichts ist gefährlicher für die Arbeiterklasse, als die selbstzufriedene Tröstung: Noch haben die Nazi nicht die Mehrheit. Der Faschismus wird nicht mit Stimmzetteln zur Macht kommen, sein Weg zur Macht geht iber brennende Arbeiterheime und erdolchte Proletarierleichen.

In Wien stieg die Stimmzahl der Nazi von 27.000 im Jahre 1930 auf 201.000. In Niederosterreich von 34.000 auf 110.000 und in Salzburg von 4600 auf 24.800 Stimmen. Ganz gewaltig ist der Stimmzuwachs bei den Gemeinderatswahlen in Kärnten und Steiermark.

Dieses Wahlergebnis zeigt alarmierend, daß die Partei der konterrevolutionären Verzweiflung (die Nazi), unvergleichlich rascher wächst als die Partei der revolutionären Hoffnung (die KPOe).

Die Kommunistische Partei hat in Salzburg ihre Stimmzahl von 755 auf 3123, in Niederosterreich von 4126 auf 9400 und in Wien von 10.626 auf 21.939 erhobt. In Steiermark

und Kärnten hat die Partei in den meisten groeren Industrie- und Gemeinden ein Gemeinderatsmandat erobert.

Die Sonderausgabe der „Roten Fahne“ vom 25. April spricht vom Vormarsch des Kommunismus. Wie es um diesen Vormarsch bestellt ist, zeigt St. Pölten. Am 17. April bekam die Partei in der Stadt St. Pölten 527 Stimmen, am 24. April nur mehr 456. „Die kommunistischen Stimmen in Wien und Niederosterreich verdoppelt, in Salzburg mehr als vervierfacht“ schreibt die „R. F.“. Was wurde verdoppelt, bzw. vervierfacht? Darauf kommt es an. Im Land Salzburg mit 29.000 SP-Wählern 755 Stimmen vervierfachen, in Niederosterreich mit 292.000 SP-Wählern 4126 Stimmen verdoppeln, heißt eine kleine Null zu einer groeren Null zu machen. Das gilt noch im erhohnten Maße für Wien mit seinen 682.000 SP-Wählern.

Am 24. April hat die Partei nur Verluste vorhergegangener Wahlen aufgeholt. Aber von einem Vormarsch des Kommunismus zu sprechen, heißt mit burokratischer Selbstherrlichkeit in die Fußstapfen der selbstzufriedenen SP-Bonzen zu steigen, die den gewaltigen Vormarsch des Faschismus und ihre Verluste besonders in der Provinz mit dem Hinweis auf zwei Landtagsmandate verwischen wollen. Mit Recht hat die Partei in der Periode der Stabilisierung (1923) die 27.000 kommunistischen Stimmen als eine schwere Niederlage empfunden. Seither sind 8 Jahre vergangen und wir befinden uns seit 3 Jahren in der chaotischen Weltkrise des Kapitalismus, am Vorabend des Kampfes auf Leben und Tod zwischen Proletariat und Faschismus.

Parteilgenossen! Zieht die Lehren aus dieser Niederlage, bevor es zu spät ist.

Warum ist es eine Niederlage? Vor allem deshalb, weil die KPOe nur einen kleinen Bruchteil jener Arbeiterstimmen gewonnen hat, die die SP direkt und indirekt verloren hat. Zweifellos sind in Wien eine beträchtliche Zahl von Arbeiterstimmen der SP verloren gegangen, die die SP durch den Zuzug von bürgerlichen Spalterparteien, die diesmal nicht kandidiert haben, wettgemacht hat. Und die Partei hat diese Arbeiterstimmen nicht gewonnen.

Die Arbeitermassen, die, abgestoßen von der Politik der SP-Fuhrer, die andauernde Ohnmacht und Untertuglichkeit der KPOe vor sich haben, verlieren die Hoffnung auf die revolutionäre Kraft des Proletariats, sie verlieren die Hoffnung auf den Sieg der Arbeiterklasse iber den Kapitalismus und werden in die Arme des Faschismus getrieben, von dem sie -- voll Verzweiflung iber die Ausweglosigkeit des bestehenden Regimes -- etwas Neues erwarten.

Die Stalinfraktion hatte alle objektiven Voraussetzungen für sich. Seit 1928/29 verschärfte sich die gigantische, alles bisher übertreffende Weltkrise des Kapitalismus im allgemeinen und ganz besonders in Oesterreich. Eine revolutionäre Krise reift heran. Die SP und die bürgerlichen Parteien boten ungeheure Angriffsflächen für die KP. Wie von einem Erdbeben erschüttert, stürzten die bürgerlich-demokratischen Illusionen in den proletarischen und kleinbürgerlichen Massen zusammen.

Aber auch parteipolitisch hatte die Stalinfraktion, die die KPOe beherrscht, alle Trümper in der Hand. Sie hatte sich durch die Lahmlegung oder den Ausschluß der alten Kadere, die noch einiges kritisches Denken bewahrt haben, die Bahn frei gemacht für eine ungestörte Ausführung der Generallinie durch die ergebenen jungen Kadere. Knapp vor einem Jahre verkündete der 11. Parteitag, der Sturmparteitag, der Parteitag der Volksmobilisierung, die Eroberung der Massen, er proklamierte die Offensive zum Durchbruch der sozialdemokratischen Front. Die „Rote Einheitsfront“, Sturmpläne und Wettbewerbe vermochte die Partei aus ihrer Ohnmacht und Isolierung nicht zu befreien. Der Selbstbetrug mit der „Roten Einheitsfront“ wird immer sichtbar. Die größten Anstrengungen der Parteigenossen, die nächstlange aufreibende Partei- und Wahrheit vermochte nicht zu ersetzen, was die Generallinie verhindert: nämlich den Aufbau und die Entwicklung einer wirklichen kommunistischen Massenpartei. Schon der 11. Parteitag (Juni 1931) hat das „Zurückbleiben der Partei hinter dem stürmischen Tempo der Entwicklung der Ereignisse und der Radikalierung der Arbeitermassen“ festgestellt. Und diese einzige selbstkritische Erkenntnis dieses nicht Sturm-, sondern Bankrottparteitages — hat sich im Verlaufe der Zeit, die seither vergangen ist, im Verhältnis von 1 zu 10 verschärft. Während die KP trotz aller objektiven günstigen Umstände, — die die Arbeitermassen selbst bei einer fehlerhaften Parteiführung zur KP stoßen mußte, dagegen von der grundfalschen Generallinie abgestoßen wurde, — als Sekte aus dem Wahlkampf hervorgeht, haben die Nationalsozialisten, die schon 1930 um das Vierfache mehr Stimmen hatten als die KP, allein in Wien ihre Stimmenzahl verachtlicht! (27.000—201.000.)

Während es den Nationalsozialisten innerhalb von 3 bis 4 Jahren gelungen ist, den bürgerlichen Parteien gewaltige Massen zu entreißen, hat sich die Generallinie der Stalinbürokratie als der beste Damm gegen die Abwendung der sozialdemokratischen Arbeiter von der SP zur KP erwiesen.

Die nationalbolschewistische Phrasologie des Parteitag des „Volksmobilisierung, die Theorie vom Sozialfaschismus, der ultralinke RGO-Kurs und das trügerische Spiel mit der Roten Einheitsfront haben die Partei entzweit. Seit mehr als sechs Jahren führen die Klopfnägel die Partei von Niederlage zu Niederlage.

Wer wird diesmal der Sündenbock sein?

Nach den Wahlen am 9. November 1930 schob die Stalinfraktion die Niederlage auf die alten Kadere, auf die veralteten Elemente. Die nichtgenügende Anwendung der Einheitsfront, die mangelhafte Popularisierung und Konkretisierung der Generallinie, die ungenügende Gewerkschaftsarbeit, der zu wenig aktive Kampf gegen den Faschismus und die organisatorischen Mängel der Partei wurden vom ZK als die Ursache am Scheitern des Durchbruches der sozialdemokratischen Front bezeichnet. Und Kopenig erklärte auf der Parteiarbeiterkonferenz, gegen alle diejenigen gewendet, die versuchten, die heilige und unfehlbare Generallinie zu revidieren:

„Sie sagen, die Partei hätte nicht die Frage des Durchbruches stellen sollen... Aber wenn wir heute vor einer neuen Wahl stünden, so müßten wir die Frage neuerlich so stellen. Denn die Frage des Durchbruches bedeutet, die Perspektive des Sieges zu stellen.“ (Beifall verzeichnet der Bericht der „R. F.“ vom 23. November 1930.)

Das ZK hat diesmal die Frage des Durchbruches nicht gestellt, also auf die Perspektive des Sieges verzichtet, obgleich — es in der Terminologie des Zentrums zu sprechen — es gegen „die Hauptstütze des Kapitalismus“, gegen das von Sozialfaschisten verwaltete Wien, ging. Das ZK hat aber auch darauf verzichtet, der Partei wie 1930 Wahlziele zu stellen — obwohl sonst in der Praxis des ZK jedem Genossen (Organisation) vorgeschrieben wird, wieviel Zeitungen er zu kolportieren, wieviel Mitglieder er zu werben und mit wem er in den Wettbewerb zu treten hat. Gilt das bolschewistische Tempo nur für die Mitglieder, Bezirks- und Kreisleitungen? Hört die Aufstellung und Durchführung von Sturmplänen beim ZK auf? Nicht ohne Begründung sagten viele unverdrossene Anhänger der Stalinfraktion auf unsere Kritik zum 11. Parteitag und der nachfolgenden Politik, die Gemeinderatswahlen werden zeigen, ob die „neue Wendung“ zur Massenarbeit und der „Roten Einheitsfront“ richtig ist.

„Das allgemeine Wahlrecht“, lehrt uns Lenin, „ist ein Gradmesser für die Reife des Verständnisses, das die verschiedenen Klassen ihren Aufgaben entgegenbringen.“ Und die Stalinfraktion, die die Partei seit Jahren schrankenlos beherrscht und vergewaltigt, sie drückte sich aus fraktioneller Berechnung, der Partei diesmal eine Wahlaufgabe zu stellen, denn das hieß, sich selbst, der Generallinie, eine Aufgabe zu stellen. Damit wollen wir nicht billigen jenes Jahrmarktsgeschrei, das man vor den Wahlen 1930 arrangierte. Nicht Illusionen züchten, aber auch nicht sich drücken vor der Verantwortung.

Die Generallinie ist bankrott.

Das ZK hat sich keine Aufgabe gestellt, um so mehr Sturmpläne und Wettbewerbe hat es auf die Organisationen abgewälzt. Es hat sich von den jungen Kadere freie Hand behalten für den Wahlausgang, der nur die Quittung für die Generallinie ist. Und diese Generallinie der Stalinfraktion hat die Partei dem ärgsten ausgeliefert, das es in der Politik gibt: der Lächerlichkeit. Die Generallinie hat in ihrer grenzenlosen Stumpfsinnigkeit, gepaart mit Leichtsinns der SP-Führerschaft, die Argumente gegen die Kommunisten geliefert. Aus einer Anklage gegen die sozialdemokratische Kommunal- und Sanierungspolitik wurde eine Enthüllung der Hohlheit, Oberflächlichkeit und Sinnlosigkeit der Generallinie. Gerade die Popularisierung und Konkretisierung der grundfalschen Generallinie, wie sie bei diesen Wahlen bis ins Detail getrieben wurde, hat die Niederlage der Partei heraufbeschworen.

Nicht unbegründet klagt, an sich zweifelnd, ein aufopfernder Parteigenosse, der in keiner Beziehung zur linken Opposition steht, in einem Wiener Zellenabend: „Genossen, sendet geschulte Redner auf die Arbeitslosenvermittlungen, ich kann dort die kommunistischen Argumente vor den einfachen SP-Arbeitern nicht rechtfertigen.“ Und dieser Genosse sprach — ohne es zu ahnen, die ganze Tragödie der Generallinie aus. Aber diese Generallinie wird zur Komödie in den Händen der Stalinbürokratie bei der Beherrschung der Partei im Kampfe gegen die leninistische Linksoption.

Was soll geschehen?

Die Aufnahme der Linken Opposition in die Partei. Gründliche Diskussion der Grundfragen der leninischen Strategie und Taktik. Schluß mit dem bürokratischen Partei-Regime — freie Diskussion über die Generallinie des ZK. Grundlegende Umstellung der Parteipolitik mit dem Kurs auf die leninische Einheitsfronttaktik. Her mit dem außerordentlichen Parteitag bei freier Diskussion über die Fehler der Vergangenheit und die Politik und Taktik für die Zukunft.

Parteigenossen, fallt den wütenden Stalinfraktionisten in ihrem verleumderischen und lügenhaften Kampf gegen die Linke Opposition in den Arm. Duldet nicht länger die Trotzkitzete. Verjagt die bankrotte Stalinfraktion von der Führung der Partei.

Es lebe die leninische KPOe.

eine entscheidende politische Rolle im Staatsapparat spielt, über sich dulden müssen.

Darum soll der Faschismus als politische Macht weiter gefördert, dagegen als selbständiger militärischer Faktor nicht geduldet werden. Der Reichswehrbürokratie schwebt augenscheinlich folgendes Zukunftsbild vor Augen: An der Spitze des „neuen Deutschland“ steht die Reichswehr. Sie soll in den geplanten nationalen Sportorganisationen ein gewaltiges Massenreservoir besitzen, ähnlich wie das Horthy-Regime in der Levante-Organisation. Die staatliche Verwaltung liegt in der Hand der „nationalen Parteien“, vor allem der NSDAP. Die Arbeiterbewegung wird auf ein Mindestmaß reduziert, die kommunistische Bewegung wird vernichtet, „aus sozialer und nationalen Belangen“, der SPD wird ein bescheidenes Plätzchen angewiesen, auf dem sie als parlamentarische Opposition vegetieren kann „die Gewerkschaften aller Richtungen werden — ganz wie es Lepart vorschlug — zu einer nationalen Arbeitnehmerorganisation zusammengeschlossen, auf deren Schultern möglichst viele soziale Aufgaben gewälzt werden, die der „nationale Staat“ abschüttelt.

Das parlamentarische System könnte durch ein Zweikammernsystem, bei dem der Schwerpunkt im „Senat“ (Oberhaus) liegt, weitgehend „entwickelt“ werden.

Für den Kurs auf dieses „erneuerte Deutschland“ sprechen nicht nur die bonapartistischen Bestrebungen der Reichswehrbürokratie. Der herrschende Flügel der Großbourgeoisie verspricht sich von einem solchen System, das Hitler regieren, die SPD meckern und sie selbst — gestützt auf die Reichswehr — unbeschränkt herrschen läßt, die „Ausbalancierung der sozialen und politischen Gegensätze“. Und noch eines: Herr Hitler hat einen ausgesprochenen Defaitismus profegezogen, wenn das „Weimarer Deutschland“ kriegerisch bedroht ist. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr des Arbeiter-Defaitismus gegenüber einem Hitlerschen Deutschland. Sicher ist, daß die ganze machtpolitische Situation in Europa sehr bald zu neuen Kriegen führen muß. Ist es da nicht besser, in einem derart „erneuerten Deutschland“ die Gegensätze so auszubalancieren, daß ein neuer 4. August wieder möglich wird?

Diese Rechnung hat nur einen „Fehler“. Auch durch das Verbot der SA wird der Faschismus nicht soweit „kanalisiert“, daß er seinen Machtkampf aufgibt. Er wird die SA neu aufbauen, sei es als „Fraktion“ im Stahlhelm oder in den Grönerschen Sportorganisationen, sei es innerhalb der NSDAP, er wird sie neu aufbauen unter dem Zwang der Verhältnisse noch strenger organisiert, noch schärfer nach dem SS-Prinzip, nach dem Kadernsystem. Die Mitregierung unter der Führung der Reichswehr kann für den Faschismus nur eine Etappe für den Staatsstreich sein.

Der Kampf um die politische Alleinherrschaft ist eines der wesentlichen Kriterien des Faschismus. So lange die Arbeiterklasse noch so bescheidene Ansatzpunkte besitzt, so lange zittert die Bourgeoisie in Deutschland mit seinen riesigen Industriezentren vor einem neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung.

Um die Arbeiterklasse aber für Jahre niederzulegen, um ihr für lange Zeit die Kraft zum Widerstand zu nehmen, dazu bedarf es einer „Generalschlacht“, einer furchtbaren, bürgerkriegsmäßigen Niederwerfung. Diese Generalschlacht kann nur der Faschismus vornehmen. Heute fürchten die führenden Teile der Bourgeoisie noch diesen Bürgerkrieg, dessen Ausgang keineswegs feststeht. Das Fortschreiten der Krise, die nur gelockert werden kann durch übermenschliche Opfer, die der Arbeiterklasse nur im Kampf aufgezwungen werden können, wird das Schwanken innerhalb der Bourgeoisie zugunsten des Faschismus entscheiden. Die zugespitzten Klassengegensätze in Deutschland lassen für ein „ausbalanciertes System“, in dem jeder sein Plätzchen zugewiesen erhält, keinen Raum. Entweder wird das wankende kapitalistische System auf den Knochen der Arbeiterklasse noch einmal vorübergehend stabilisiert werden — dann kann es nur in der Form des Faschismus sein. Oder die Arbeiterklasse wird, entschlossen, den Faschismus nicht zur Macht kommen zu lassen, sich wehren. Dann sind die letzten Tage des Kapitalismus in Deutschland gekommen. Spectator.

Militärdiktatur oder 3. Reich?

Nach dem Verbot der SA und der SS

Die Regierung hat die SA und die SS verboten. Herr Gröner kündigt gleichzeitig an, daß er die Schaffung einer großen nationalen Sportorganisation plane, die die gesamte Jugend im Interesse der nationalen Entwicklung und der staatspolitischen Erziehung der Jugend umfassen soll.

Die SPD hat das Verbot der SA als einen entscheidenden Schlag gegen den Faschismus bezeichnet; die Presse der KPD dagegen faßte ihn als einen Liebesdienst für Hitler auf, der durch dieses Verbot der lästigen Sorge um die unzuverlässige SA beraubt worden sei. Die SAP dagegen erklärt diesen Schritt der Regierung als eine Konzession an die SPD, um auf diese Weise ihre Zustimmung zu dem neuen Lohnraub zu erlangen, den Steigerwald auf dem Krisenkongreß des ADOB angekündigt hat.

In Wirklichkeit hat diese Aktion mit all' dem sehr wenig zu tun; sie läßt dagegen deutlich die strategische Linie erkennen, die der herrschende Flügel der Bourgeoisie und ihre Regierung verfolgt.

Bereits seit den Reichstagswahlen im September 1930 schlug die Diktaturregierung Brüning einen ganz bestimmten Weg ein. Sie verschärfte den Kurs gegen die Arbeiterklasse auf allen Gebieten außerordentlich, ohne aber dem Faschismus die Macht zu übergeben, der von Monat zu Monat zahlenmäßig anwuchs. Obgleich die parlamentarische Basis der Regierung abbröckelte, obgleich ihr Fundament in den Massen schwächer wurde, obgleich die Wirtschafts- und Außenpolitik der Regierung völlig Schiffbruch erlitt, hielt sie sich an der Macht, wobei sie die SPD mit der Drohsaß, Hitler die Macht zu übergeben, zu jedem Zugeständnis zwingen konnte. Die SPD tolerierte die Regierung und die Regierung tolerierte den Faschismus.

Innerhalb der Regierung, innerhalb des herrschenden politischen Systems, das sich auf den Block der gegenwärtig ausschlaggebenden Teile der deutschen Industrie (IG-Farben, Krupp, Siemens, AEO), des Handels, der Hochfinanz mit

starken Teilen des Großgrundbesitzes stützt, wuchs daher immer mehr das Gewicht des bewaffneten Teils der Staatsmacht, der Reichswehr. Je mehr sich das Diktatur-Regime „verselbständigte“, je mehr es gezwungen war, die Gesamtinteressen der Bourgeoisie über die Teilinteressen einzelner Bourgeoisinteressen zu stellen, um so den Zusammenbruch des gesamten kapitalistischen Systems zu verhindern — desto mehr wurde die Reichswehrbürokratie zur Achse des Diktatur-Regimes. In der Vereinigung der gesamten exekutiven Gewalt in der Hand Gröners, des Reichswehr- und Innenministers, spiegelt sich diese Entwicklung wider. Man kann, ohne Uebertreibung, das Diktatur-Regime in der Gestalt Gröner-Brüning eine sich entwickelnde Militärdiktatur nennen. Ein bedeutender Fortschritt auf dieser Linie war der Präsidentschaftskampf. Er vollzog sich programmgemäß. Die SPD wurde gezwungen, sich vorbehaltlos der Kandidatur Hindenburgs zu unterwerfen — sie wagte nicht einmal eine demonstrative Sonderkandidatur im ersten Wahlgang —, und dem faschistischen Flügel, der kraft seines Massenstromes glaube, die Macht müsse ihm wie eine reife Frucht in den Schoß fallen, wurde deutlich demonstriert, daß das herrschende politische Regime noch nicht am Ende seines Latens ist.

Gestützt auf diesen großen Erfolg forderte der militärische Flügel des Diktaturregimes das Verbot der SA. Nicht weil die Reichswehr gegen Hitler ist! Im Gegenteil: sie ist bereit, mit dem Faschismus als einer politischen Partei zusammenzuarbeiten, aber sie denkt nicht daran, sich als Werkzeug des Faschismus zu unterordnen. Und gerade weil die Reichswehrbürokratie ihre dominierende Stellung nicht aufgeben, sondern weiter ausbauen will, gerade darum konnte sie eine militärische Konkurrenzorganisation, noch dazu von einer Stärke von 2—300.000 Mann, die völlig nach dem militärischen System der alten Armee aufgebaut war und sich mehr und mehr als deren Erbe fühlte, nicht mehr dulden. Denn duldet sie sie jetzt neben sich, so wird sie sich morgen, wenn Hitler

Der konsequente Genosse Lechleiter

Die Schande des Zentrums im badischen Landtag.

Gen. Lechleiter war der Vorsitzende der Komm. Landtagsfraktion im badischen Landtag. Eifrig lernte er aus den Reden und Schriften seiner „historischen Führer“. Von Stalka lernte er, daß „Sozialdemokratie und Faschismus Zwillinge sind“, von Thälmann erfuhr er, daß gegenwärtig der Hauptstoß gegen die SPD gerichtet werden muß.

Und seine Vorgesetzten und unmittelbaren Lehrmeister, die Helden der kommunistischen Reichstagsfraktion, demonstrierten ihm den „ungeheuren Wert“ des Parlamentes, denn sie führten ja im Reichstag den unmittelbaren Kampf für Sowjetdeutschland, indem sie vom Reichstage verlangten, was nur die proletarische Revolution verwirklichen kann: die Einstellung der Zahlungen für die Privatschulden der deutschen Kapitalisten. Aus alledem lernte der wackere Lechleiter und er sagte sich:

1. Da SPD und NSDAP Zwillinge sind, muß man sie gleich behandeln.
2. Da aber der Hauptstoß gegen die SPD gerichtet werden muß, so muß man jetzt vor allem diese bekämpfen.
3. Nachdem die SA *) verboten ist, bleibt die „andere faschistische Zwillingsorganisation“, das Reichsbanner.
4. Wenn die proletarische Revolution kein bürgerlich-demokratisches Reichsbanner dulden wird, so muß man im Baden die Bourgeoisie entlarven, indem man zeigt, daß sie gegen die historischen Interessen der proletarischen Revolution ist, indem sie das Reichsbanner nicht auflöst.

Und nach diesen tiefen Ueberlegungen erkannte der wackere Lechleiter das Wesen der „Dialektik“, setzte sich an seinen Schreibtisch und arbeitete den berühmten Antrag aus, der vom badischen Landtag das Verbot des Reichsbanners forderte!

*) SA = Sturm-Abteilung — die von Hindenburg aufgelöste nationalsozialistische Militärorganisation.

Der arme Lechleiter wurde aber vom ZK der KPD wegen seiner konsequenten Haltung gemäßigert. Er wird als Sündenbock mißbraucht für die Lehren seiner Vorgesetzten, aus denen er nur die Konsequenzen zog.

An dem ungeheuerlichen Antrag Lechleiters ist nicht nur falsch, daß er von der Bourgeoisie das Verbot einer bürgerlichen Arbeiterorganisation verlangt, daß er SA und Reichsbanner auf eine Stufe stellt.

Ungeheuerlich ist auch der parlamentarische Kretinismus, der vom Parlament das verlangt, was nur ein Ergebnis der proletarischen Revolution sein kann. Nach der siegreichen Arbeiterrevolution in Deutschland werden wir weder die Privatschulden der deutschen Bourgeoisie an das Ausland zahlen, noch werden wir eine bürgerlich-republikanische Wehrorganisation wie das Reichsbanner dulden.

Statt Forderungen aufzustellen, die die Arbeiterklasse einigen, die im Rahmen dieser Gesellschaftsordnung verwirk-

lichtbar sind und für diese Notforderungen den außerparlamentarischen Massenkampf zu organisieren, gehen die Zentristen in die Parlamente und fordern von ihnen das, was nur die proletarische Revolution verwirklichen kann.

Statt den Gegensatz innerhalb der herrschenden Klassen auszunützen — ein Teil stützt sich noch auf den Reformismus, der faschistische Teil will die Unterdrückung der gesamten Arbeiterbewegung, von der revolutionären bis in ihre reformistisch-demokratischen Ausläufer —, statt den reformistischen Arbeitern in der Verteidigung ihrer Organisationen beizustehen, wenn diese vom Faschismus bedroht werden — werfen die Zentristen alles in einen Topf.

Lechleiter ist unschuldig. Er ist nur das Opfer des zentristischen Irrsinns. Sein Fehler war nur, daß er deutlich gezeigt hat, zu welchen logischen Konsequenzen die Theorie vom Sozialfaschismus und die Praxis des parlamentarischen Kretinismus führt.

Die Präsidentenwahlen und die KPD

Wir bringen diesen Artikel mit einigen Kürzungen aus dem „Kommunist“, unserem deutschen Bruderorgan!

Die Kaders unserer Partei, die vielen zehntausende Genossen, die der proletarischen Revolution und der KPD treu ergeben sind, stehen vor ungeheuren Aufgaben. Sie haben in den zwei Wahlgängen der Präsidentschaftswahlen alle ihre Kräfte eingesetzt, um diese Mobilmachung der gesamten Arbeiterklasse einzuläutern. Wenn der Erfolg ihrer unermüdbaren Arbeit ausgeblieben ist, so ist das nicht ihre Schuld, sondern einzig und allein die Schuld der falschen Politik und Taktik der herrschenden Fraktion in der Partei, der bankrotten Gruppe Thälmann-Neumann-Remmele. Wenn wir nüchtern und ernst die

Ergebnisse der Wahlen des 10. April.

prüfen, wenn wir Linken die Parteimitglieder auffordern, die Lehren aus den Wahlen des 13. März und 10. April jetzt zu ziehen, so geschieht dies vor allem darum, weil wir überzeugt sind, daß nur auf der Basis der gezogenen Lehren unsere Partei die neuen Kämpfe erfolgreich führen kann. Aktionsdisziplin — das bedeutet nicht, daß die Partei schweigend über diese Lehren hinweggeht, um im Zustand der Friedhofsstille den Kampf für den 24. April vorzubereiten — Aktionsdisziplin bedeutet, offen und ehrlich die Lehren der Niederlage zu ziehen, aus ihnen zu lernen, um gestärkt mit verzehnfachter Kraft die neuen Kämpfe vorzubereiten.

In diesem Sinne wollen wir die Ergebnisse des 10. April prüfen. Die „Rote Fahne“ (11. April) begrüßt sich in ihrem Leitartikel, der dem Wahlausgang gewidmet ist, mit der selbstzufriedenen Feststellung:

„Hitler und Hindenburg vermochten von den Stimmen, die für die KPD am 10. April weniger abgegeben wurden, als am 13. März, nur einen geringen Teil zu gewinnen.“

Und die Redaktion freut sich im gleichen Artikel des Erfolges der Partei, der es gelungen sei, „im wesentlichen zu verhindern, daß aus den Massen, die am 13. März ihre Stimme für die Kommunistische Partei abgaben, größere Teile als Wähler für Hindenburg oder Hitler eingefangen werden konnten.“

Wir glauben, daß kläglicher noch niemals eine Führung, die „unfehlbar“, „bolschewistisch“ und „sturmerprobt“ ist, eine Führung, die bekanntlich mittels „Sturmplänen stürmische Erfolge“ erzielt, ihre Niederlage zu verweihen versucht hat.

Daß es dem Gegner nicht gelungen ist, noch größere Teile kommunistisch gesinnter Arbeitermassen an sich zu ziehen — das nennen diese Niederlagestrategen einen Erfolg!

Wer erinnert sich angesichts dieser „Erfolge“ nicht an die Heeresberichte Ludendorffs oder des österreichischen Generalstabes, der 1914 die Siegesnachricht telegraphierte: „Lemberg noch in unserem Besitz!“

So an die Fragen heranzutreten, muß die Partei, die lernen will, nur zu kämpfen, und die keinen Trost braucht, sondern die nüchterne, ungeschminkte Wahrheit, der unverbesserlichen, bankrotten Bürokraten überlassen.

Was lehren aber die Ergebnisse des 10. April die revolutionären Arbeiter in der Partei?

Am 10. April wurden 36,5 Millionen Stimmen abgegeben — gegen mehr als 37,6 am 13. März, also um ungefähr 1,1 Millionen weniger. Diese verringerte Wahlbeteiligung geht zum Großteil auf Kosten der KPD; ungefähr eine Million kommunistischer Wähler,

Wähler, die die Parteiführung stets als bewährte Kämpfer für Sowjetrußland, für den Kommunismus, zählte, sind zu Hause geblieben, haben einfach ihre primitivste Pflicht, durch die Abgabe des Stimmzettels zu demonstrieren, nicht erfüllt. Diese Passivität, dieser offenkundige „Wählerstreik“ von 20 Prozent der kommunistischen Wählermasse ist ein deutliches Zeichen dafür, wie wenig diese Masse mit der Partei noch verbunden ist, wie weit sie selbst davon noch entfernt ist, wirklich unter der Führung der KPD zu stehen. Bereits vor mehr als anderthalb Jahren, in ihrem Aufruf zu den Reichstagswahlen 1930, hatte die Linke warnend festgestellt:

„Es gelingt uns, Stimmen Unzufriedener in großer Zahl zu sammeln. Aber diese Unzufriedenen zu revolutionären Klassenkämpfern zu machen, dazu hat sich unsere Parteiführung als unfähig erwiesen.“

Heute zeigt sich diese Unfähigkeit, die aus der gesamten Politik der Parteiführung resultiert, im besonders grellen Lichte. Um aus Unzufriedenen revolutionäre Klassenkämpfer zu machen, bedarf es einer solchen Politik, die tagtäglich durch richtige Losungen und durch eine richtige Taktik die Massen in den Kampf führt, die dadurch erst den Massen ermöglicht, im Kampf und durch den Kampf zu lernen und kommunistisch zu werden. Die Politik der Partei, die den Kampf für ein proletarisches Notprogramm als „opportunistisch“ ablehnt, die Einheitsfronttaktik zur Sammlung der Arbeiter gegen den Faschismus als „konterrevolutionär“ verwirrt und zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern einen Damm aufrichtet (Sozialfaschismus, RGO-Taktik), diese Politik lastet wie eine Fessel an den Gliedern der Partei und stößt die Sympathisierenden in die Passivität, statt sie zu mobilisieren.

Oewiß wird die Partei die „streikenden Wähler“ wieder zum Großteil auf die Beine bringen, wahrscheinlich bereits am 24. April; bedeutet aber das, daß die Niederlage damit ausgeglichen ist? Wenn eine Million streikende Wähler am 24. April sich sagen: „Diesmal steht es dafür, diesmal geht meine Stimme nicht verloren, ich gehe wählen, damit mehr Kommunisten gewählt werden“ — so zeigen sie damit nur, daß sie im Wesen unzufriedene sozialdemokratische Arbeiter geblieben sind und daß es eine verhängnisvolle Täuschung wäre, zu vergessen, daß ihr „Wahlstreik“ am 10. April uns zeigte, wie weit sie noch von unserem revolutionären Standpunkt entfernt sind.

Aber mit der Frage des „Wahlstreiks“ von 20 Prozent sind die Lehren des 10. April noch lange nicht erschöpft.

Die KPD hat am 10. April 1.276.000 Stimmen verloren, die Wahlbeteiligung ging aber nur um 1.153.000 zurück. Wo sind die 128.000 fehlenden Stimmen?

Diese Stimmen sind fast ausschließlich den Faschisten zugefallen. Die Theorie, „Hitler man ran, dann wirtschaftet er rascher ab“, hat hunderttausende kommunistische Wähler ergriffen, denn wir dürfen nicht vergessen, die Partei hat teilweise diesmal auch stämmige Wähler herangebracht, und andererseits stecken in den 1.153.000, die insgesamt weniger abgegeben wurden, nicht nur kommunistische Stimmen, sondern auch hunderttausende bürgerliche Stimmen, zum Großteil Düstbergstimmen. Das läßt sich leicht nachweisen. So z. B. gewinnen in Pommern Hindenburg und Hitler von den 198.000 Düstbergstimmen nur 155.000, 43.000 Düstberg-Wähler üben Wahlenthaltung; in Frankfurt a. O. üben 10.000, in Liegnitz

4000, in Magdeburg 16.000, in Osthannover 11.000, in Potsdam II. 11.000, in Merseburg 8000 Düstberg-Wähler Stimmhaltung, insgesamt werden es mehr als 100.000 Düstberg-Wähler sein, die Stimmhaltung diesmal üben.

Das bedeutet, daß von dem Stimmenverlust der KPD nicht 1.153.000 der Stimmhaltung angerechnet werden können, sondern höchstens 1 Million, da der Rest von Düstberg stammt.

Eine viertel Million Stimmen hat die Partei also an den Klassengegner abgegeben.

Wem sind sie zugefallen?

Nehmen wir Baden. Hier wurden 1.273.000 Stimmen abgegeben, um 13.000 weniger als am 13. März. Hindenburg gewann gegenüber dem 13. März 12.000, Hitler 48.000. Düstberg hatte am 13. März aber nur 28.500 Stimmen. Woher kommt aber die Differenz zwischen dem Gewinn Hitler und Hindenburg (zusammen 60.000) und der Düstberg-Zahl, die nur 28.000 betrug? Thälmann verlor 31.000 Stimmen; nehmen wir an, daß die geringere Wahlbeteiligung (— 13.000) auf kommunistischen Wählerstreik entfällt, so bleibt die Tatsache bestehen, daß 18.000 kommunistische Wähler zum Klassenfeind übergingen. Da Hindenburg aber nur 12.000 Stimmen gewann, so ist es ganz klar, daß der Großteil zu Hitler ging.

Betrachten wir Hessen-Nassau. Hier hatte Düstberg am 13. März 63.000 Stimmen. Hindenburg gewann am 10. April 23.000, Hitler 73.000 Stimmen, zusammen also 96.000, das sind um 33.000 mehr als die Düstberg-Ziffer. Thälmann verlor aber 54.000 Stimmen; davon sind 33.000 dem Klassenfeind zugefallen, vor allem Hitler.

Und nehmen wir schließlich Berliner Arbeiterbezirke. Im Wedding hatte Düstberg 12.000 (13. März), Hindenburg gewann 1500 Stimmen, Hitler aber 14.000, Thälmann verlor 13.000. Also gewann Hitler auch einen Teil kommunistischer Stimmen. Ähnlich liegen die Dinge in Neukölln, Friedrichshagen usw.

Die überwiegende Mehrheit der kommunistischen Stimmen, die dem Klassengegner zufloßen, gewann der offene Faschismus.

Vergeblich bemüht sich die Parteiführung, die Erwerbslosen abzukanzeln, weil unter ihnen die von uns signalisierte Stimmung „Hitler mal ran“ aufkam. Die Verantwortung für diese Stimmung, für diesen Uebergang in das Lager Hitlers, trägt voll und ganz die Parteiführung. Sie war es, die im Oktober die Theorie vom Abwirtschafter der Nazis, wenn sie an der Regierung sind, aufstellte. (Remmele, 16. X., Reichstag.)

Nur die Erfolglosigkeit der Politik der KPD unter der Führung der Fraktion Thälmann, nur das Fehlschlagen aller Aktionen gegen Lohnabbau, Unterstützungsraub, politische Unterdrückung, nur das völlige Fehlen großer, revolutionärer Massenaktionen konnte dazu führen, daß große Massen Erwerbsloser den Glauben an die eigene Kraft verloren und die Hoffnung auf das Abwirtschaftern des siegreichen Faschismus setzten.

Das ist die zentrale Lehre, die die Partei jetzt ziehen muß. Nicht die Parteimasse hat versagt, sondern die Politik der Fraktion Thälmann.

Diese bankrotte Fraktion, die die Partei unterdrückt, versucht sich mit allen Mitteln an der Macht zu halten. Sie verhindert jede Diskussion in der Partei. Sie brandmarkt jedes kritische Wort als „Re-negatentum“. Sie wagt es, seit nahezu drei Jahren keinen Parteitag einzuberufen, um die Parteimitglieder nicht zu Worte kommen zu lassen. Sie glaubt, die Partei so fest in der Hand zu haben, daß sie Parteitage einfach nicht mehr stattfinden läßt.

Der Zusammenbruch der „Generallinie“ der Thälmannführung

Der 24. April als Ergebnis des Thälmann-Kurses — Die Pleite der SAP — Die Aufgaben des revolutionären Proletariats und seiner Partei

Die Generallinie der Parteiführung liegt in Scherben. Seit mehr als anderthalb Jahren haben uns die Thälmann, Remmele, Neumann erklärt: Wir haben durch unsere Politik das Wachstum des Faschismus zum Stillstand gebracht. Sie haben uns am 15. September 1930 prophezeit, daß „gestern Herrn Hitlers größter Tag war“, daß der unvermeidliche Zusammenbruch der NSDAP komme. Es ist anders gekommen, wie die Ergebnisse des 24. April zeigen. Der Faschismus hat seinen Anhang seit den Reichstagswahlen mehr als verdoppelt. Er hat im Herzen des industriellen Deutschlands, im Ruhrgebiet, seinen Vorstoß in das Proletariat vertieft. Er gewinnt im Wahlkreis Düsseldorf-West den Verlust der KPD von 27.000 Stimmen, während der Verlust der SPD von 26.000 vom Zentrum restlos aufgefangen wird. Noch schlimmer sieht es im Wahlkreis Düsseldorf-Ost aus, wo die Nazis mit 399.000 Stimmen weitaus die stärkste Partei wurden, wobei sie den Verlust der KPD von 47.000 Stimmen an sich rissen und dazu auch einen Teil des SPD-Verlustes, der 25.000 Stimmen beträgt, von denen der größte Teil dem Zentrum zugute kommt. In der Stadt Düsseldorf geht die KPD seit den Reichstagswahlen von 72.000 auf 59.000 zurück, die Nazis wachsen von 39.000 auf 82.000. In Dortmund hält sich die KPD, doch der Verlust der SPD von 14.000 Stimmen fällt hier zum Großteil den Nazis zu. In der Doppelstadt Duisburg-Hamborn gewinnt der Faschismus 23.000 Stimmen, die sich zu einem großen Teil aus dem KPD-Verlust von 12.000 Stimmen und

dem SPD-Verlust von 7000 Stimmen zusammensetzen.

Man muß die Tatsache offen feststellen, daß der Verrat der SPD an den Arbeiterinteressen und die völlige Unfähigkeit der Führung der KPD, erste Massenkämpfe insbesondere der Erwerbslosen auszulösen, einen Teil der verzweifelten Erwerbslosen dem Faschismus zugetrieben hat.

Die Warnungen der Linken seit 1929, seit den ersten Anzeichen der Krise, daß gegen eine chronische Massenarbeitslosigkeit nicht nur mit der Hoffnung auf „Sowjetdeutschland“, sondern in praktischen, außerparlamentarischen Massenaktionen gekämpft werden muß, da sonst die Erwerbslosigkeit den Faschis-

Bestellschein

für die vierteljährige Zusendung des „Mahnruf“ (Vierteljahrsabonnament 3 — 30)

Name: _____

Beruf: _____

Genaue Adresse: _____

Anmerkung: _____

Mit 10-Groschen-Marke frankieren und einenden.

mus nähren wird, sie wurden durch die Tatsachen in furchtbarer Weise bestätigt.

Der Verzicht auf den Alltagskampf, der Verzicht auf eine praktisch-revolutionäre Politik, die darin gipfelt muß, sich auf die Gewerkschaftsmassen zu stützen und für die Tagesforderungen des Proletariats mittels der Einheitsfronttaktik die ganze Klasse in Bewegung zu setzen, dieser Verzicht hat die Aktionsfähigkeit der Partei entschieden unterbunden.

Aber warum erfolgte denn dieser Verzicht? Womit wird er denn begründet? Warum ist es „konten-revolutionär“, die Einheitsfronttaktik zu verlangen? Wir alle kennen die Antwort der Parteiführung, daß mit dem „Sozialfaschismus“, dem „Zwillingsbruder des Faschismus“ kein gemeinsames Stück Weg möglich ist. Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie — das war bis jetzt die zentrale Lösung der Parteiführung, obgleich es für jeden Marxisten klar sein mußte, daß gegenwärtig der Hauptstoß gegen den Faschismus gerichtet werden müßte. Jeder ernste Erfolg im Kampf gegen den Faschismus stärkt die Autorität der KPD in den Massen der Arbeiterklasse, schwächt den Reformismus tausendmal mehr, als siebenstündige Reden Thälmanns darüber, daß der Kampf gegen die SPD verzehnfacht werden muß, Auf das Wie kommt es an. —

Vor uns liegen die Ergebnisse der Politik des „Hauptstoßes“. Dieser „Hauptstoß“ war so gründlich, daß dabei in Groß-Berlin die SPD der KPD nicht weniger als 60.000 Stimmen abnahm, in Hamburg 12.000 Stimmen. Am roten Wedding verlor die Partei 2000 Stimmen an die SPD, am Prenzlauer Berg 3000, in Neukölln 2000, in Panikow 3000. Das sind die Ergebnisse des „Hauptstoßes“!

Die Position der gesamten Arbeiterklasse ist schwächer geworden. SPD und KPD haben je 300.000 Stimmen verloren. Die SPD gewinnt von der KPD in Preußen zirka 70—80.000 Stimmen, verliert aber an das Zentrum und den Faschismus. Die KPD gewinnt fast nirgends, verliert einen Teil an die SPD, einen Teil an die Faschisten im Kreis Köln-Aachen, auch an das Zentrum, das hier 57.000 Stimmen gewinnt, während die SPD 38.000 und die KPD 14.000 Stimmen verliert!

In den agrarischen Gebieten hat die Partei sich dagegen gut gehalten; wir sehen die Weiterentwicklung des Prozesses, auf den wir bereits anlässlich der ersten Präsidentenwahl hingewiesen haben. So gewinnt die Partei insbesondere in Bayern, doch vermag sie hier den ungeheuren Verlust der SPD von mehr als 180.000 Stimmen nur teilweise aufzufangen (36.000).

Zusammenfassend muß festgestellt werden: Der Faschismus ist sehr stark weitergewachsen. Und zwar in sehr beschleunigtem Tempo. Er hatte am 13. März in Preußen 6.832.000 Stimmen, er hat jetzt mehr als 8 Millionen. Hatten am 13. März Hitler und Düstberg zusammen 8.650.000 Stimmen, so haben jetzt Nazis und Deutsche in Preußen zusammen 9.500.000 Stimmen.

Die Regierungsparteien, Zentrum und SPD, haben sich relativ als widerstandsfähig erwiesen. Mit einem Verlust von 300.000 hat die SPD gegenüber 1930 nur 6 Prozent Stimmen verloren, das Zentrum hat mehr als 200.000 Stimmen gewonnen, das sind zirka 7 Prozent. Dagegen ist die Staatspartei halbiert worden.

Die Parteien rechts von der Weimarer Koalition, wie Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Landvolkspartei, haben jede Bedeutung verloren. Ihre Massen sind zu 60 bis 80 Prozent in das Lager des Faschismus abgewandert.

Die KPD hat eine sehr ernste Niederlage erlitten. Sie ist größer, als sie nach den Ergebnissen der Reichstagswahl scheint. Denn im Jahre 1931 ist die Partei bei fast allen Wahlen stark über die Reichstagswahlziffern hinausgewachsen. Symptomatisch ist das Hamburger Ergebnis, wo die Partei gegenüber der Bürgerschaftswahl am 27. September 1931 ungefähr 50.000 Stimmen oder 30 Prozent verliert. Im September 1931 war die Partei zweifellos in Preußen bedeutend stärker als bei den Reichstagswahlen im September 1930. Die im Oktober 1931 einsetzende Theorie vom „Abwirtschäften der Nazis“ durch die Regierungübernahme, verbunden mit dem völligen Versagen der Partei in den Aktionen haben die Partei in den letzten sechs Monaten stark zurückgeworfen. Allein seit dem 13. März hat die Partei in Preußen 400.000 Stimmen verloren!

Wir sprechen all das offen aus, weil es notwendig ist, nüchtern die Lage zu überblicken. Unsere Parteigenossen, vor allem in Berlin, wissen, daß wir Linken das Recht der Kritik durch den Einsatz unserer ganzen Kraft für die Partei besitzen.

Sie wissen, daß unsere Genossen in zahlreichen öffentlichen Versammlungen der Gegner nicht nur die Fehler der Parteiführung gezeigt haben, sondern daß sie in der schärfsten Weise jedem Versuch der Gegner, Kapital aus diesen Fehlern zu schlagen, entgegengetreten sind. Sie wissen auch, daß die Linken innerhalb und außerhalb der Partei mitgekämpft haben; und sie haben sich nicht umsonst an die Linken gewandt, wenn die Nazi provozierten, wie am Wedding.

Bevor wir noch einmal kurz die Lehren aus den Ergebnissen des 24. April ziehen, wollen wir noch einer Illusion gedenken, die nebenbei am 24. April zerlegt wurde: die Illusion der Sozialistischen Arbeiterpartei, sie könne durch das Hersagen der Fehler der KPD zu einer Massenpartei werden. Der Versuch, auf schwankender theoretischer Grundlage die „neue“, die „wahre“, die „wirklich-kommunistische“ Partei aufzubauen, hat zu einer katastrophalen Pleite geführt. Mit 8000 Stimmen in Berlin, mit 80.000 in ganz Preußen, ist die SAP ein winziger Splitter geworden; der frühere Bürokratismus der SAP, der sich so hoch erhoben über den „Splittern“ dünkte, jenen „Sektierern“, die den Kampf für die KPD führen, er ist auf der ganzen Linie geschlagen worden. In seiner Hochburg Breslau hat er ganze 14.000 Stimmen aufgebracht.

Mögen die revolutionären Arbeiter in der SAP und im Sozialistischen Jugendverband aus diesen Erfahrungen lernen: es ist in der deutschen Arbeiterbewegung kein Raum für eine neue Arbeiterpartei. Entweder es wird uns Linken gelingen, die große Arbeiterpartei der Kommunisten zu revolutionieren, dann wird es mit der deutschen Arbeiterbewegung wieder aufwärts gehen. Wenn aber nicht, dann wird die deutsche Arbeiterklasse mit Hekatomben voll Opfern das Fehlen einer revolutionären Führung bezahlen.

Es ist tausendmal realpolitischer und revolutionärer, diesen Kampf um die KPD zu führen, als abseits ein kleines Parteilchen aufzuziehen, in dem jeder nach seiner Fassung selig werden kann.

Wir brauchen hier nicht zu wiederholen, was wir nach dem 13. März und 10. April geschrieben haben. Es besitzt völlige Gültigkeit auch für den 24. April.

Wir haben gegen Illusionen gekämpft — und noch schärfer gegen jede Panikstimmung.

Wir haben immer und wieder betont, wie furchtbar ernst die faschistische Gefahr ist, wir haben auch stets darauf hingewiesen, daß sich hinter den Millionenfiguren des Faschismus nicht eine stahlharte, einheitliche Klassenkraft verbirgt, sondern vor allem der bunte Herdhaufen des verzweifelten Kleinbürgertums, das nur so lange stark ist, so lange das Proletariat passiv und schwach bleibt.

In der Wendung der Politik der Partei liegt der Schlüssel der Situation.

Wenn wir die Arbeiterklasse durch die Schaffung antifaschistischer Kampfausschüsse (auf wirklich überparteilicher Grundlage) einen, wenn wir die gewaltigen Klassenkräfte in den freien Gewerkschaften durch eine Aufgabe des RGO-Kurses mobil machen, wenn wir all den jammervollen Unsinn vom Sozialfaschismus, von der Volksrevolution, von der nationalen und sozialen Befreiung auf den Misthaufen werfen, wenn wir in der Partei, deren Mehrheit aus guten, aber unerfahrenen Genossen besteht, ernsthaft und sachlich über den Weg, den die Partei nun gehen muß, diskutieren — dann beginnt wieder der Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse, dann wird die faschistische Sturmflut an den Dämmen der proletarischen Revolution zusammenbrechen. Wir müssen Schluß machen mit der Politik der Thälmann, wir müssen auf einem außerordentlichen Parteitag unserer Partei einen neuen Kurs und eine Führung geben; die Linken in die Partei zurück, von Stalin zu Lenin, vom innerparlamentarischen Kasernenregime zur Arbeiterdemokratie, das ist das Gebot der Stunde.

Revolutionäre Stimmungen in Ungarn

13 Jahre nach der blutigen Unterdrückung der Budapester Kommune beginnt sich die Arbeiterklasse Ungarns wieder zu sammeln. Der Generalstreik Anfang April in den meisten Städten, große Demonstrationen der Arbeiter zeigen deutlich die wachsende Radikalisierung des ungarischen Proletariats, dessen Bewegungsfreiheit durch den furchtbaren, dreizehnjährigen weißen Terror ungeheuer gehemmt ist.

Die Radikalisierung der ungarischen Arbeiter erhält einen mächtigen Impuls vom Dorf her, in dem deutlich sichtbare revolutionäre Stimmungen wachsen. 13 Jahre lang hat die vereinigte feudal-kapitalistische Reaktion nicht nur das industrielle Proletariat und die Landarbeiter niedergehalten, sondern auch die Annäherung der kleinen und mittleren Bauern an die Arbeiterschaft verhindert. Auf den Schultern der Bauern, die durch die falsche Agrarpolitik der KP Ungarns unter Bela Kun vom Proletariat abgestoßen wurden, gelang es 1919 der feudal-kapitalistischen Gegenrevolution, so siegen und im ungarischen Dorf den feudalen Großgrundbesitz restlos wiederherzustellen.

Die Jahre der Gegenrevolution haben dem Dorf die Augen geöffnet. Steuern und Peitschenhiebe, Zwangsdienst in der Levante, Rechtslosigkeit vor der Justiz, die im Dorf völlig von den Aristokraten abhängt — das war der Dank der Horthy-Bethlen an ihr „treues“ Dorf.

Die Weltwirtschaftskrise hat das Werk der Gegenrevolution gekrönt. Die Agrarpreise sind tief gefallen, die städtische Arbeitslosigkeit trifft auch das Dorf mit furchtbarer Gewalt. Unter der Last der Steuern, der Hypotheken bricht der kleine Bauer zusammen, denn die wenigen Pengts, die er für seine Produkte bekommt, reichen kaum für seine

Steuern aus. In den Dörfern der Tiefebene, mitten im fruchtbaren Land, darben und hungern zwei Drittel des Dorfes.

So beginnt der Bauer zu erwachen. Er gibt seine Stimme bei Wahlen der Sozialdemokratie, der einzigen legalen Partei der Arbeiterbewegung, aber seine Sprache ist nicht die bürgerlich-liberale der Sozialdemokratie, sondern die wilde, drohende Sprache der Agrarrevolution, des Bolschewismus, wie die Führer der ungarischen SP mit Entsetzen feststellen.

Unter solchen objektiven Bedingungen eröffnen sich für die ungarische proletarische Revolution, die zunächst ihre demokratische Phase durchlaufen muß, gewaltige Perspektiven. Es ist ganz klar, daß der in Ungarn losbrechende Sturm die revolutionäre Krise in den Balkanstaaten auslösen würde und für Oesterreich und die Tschechoslowakei von entscheidendem Einfluß sein wird. Die größte Gefahr für die heranreifende revolutionäre Krise in Ungarn ist das Fehlen einer wirklichen kommunistischen Partei, ähnlich wie in Jugoslawien, Rumänien und Oesterreich. Wohl befinden sich in den ungarischen Oefängnissen hunderte, revolutionäre Arbeiter und in der Emigration sind tausende Vorkämpfer der ungarischen Räterepublik. Aber die politische Schulung der Stalinschen Schule und das korrumpierende Regime des Bürokratismus, das sich in einer illegalen Partei und in der Emigration verzehnfacht auswirkt — hat die KP Ungarns völlig gelähmt. Leider sind die oppositionellen Strömungen in Ungarn noch sehr unklar und es ist unseren Bemühungen bisher noch nicht gelungen, die ungarischen Genossen, die jede Einheitsfronttaktik ablehnen, Rußland und die Komintern für verloren halten, zu überzeugen.

Auf den ungarischen Kommunisten in der Emigration lastet gerade jetzt eine ungeheure Verantwortung. Sie haben unvergleichlich mehr Möglichkeiten, theoretisch und praktisch aus der Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung zu lernen als die isolierten, illegalen Kaders in Ungarn. Der Tag ist vielleicht näher, als manche meinen, da die Flammen der Revolution die revolutionäre Emigration heimgreift. Darauf heißt es vorbereitet zu sein.

Was uns Arbeiter schreiben.

Die Betriebsrätewahlen der Grazer Gemeindebetriebe.

Am Freitag, den 25. März waren die Betriebsrätewahlen, es wurden 963 Stimmen abgegeben. Die RGO (KP) bekam 136 (kandidierte zum erstenmal), die freie Gewerkschaft 639 und die Christliche Gewerkschaft 102 Stimmen. Mandate erhielt die freie Gewerkschaft 9, Christlichen 2 und die RGO 2. Die SP hat ein Flugblatt herausgegeben, daß der Wahlvorschlag der RGO unglücklich ist und daher jede Stimme für die RGO verloren sei, daher den Christlichen zugute komme.

Obwohl die Eroberung von 2 Betriebsräten bei den Grazer Betriebsrätewahlen ein Erfolg für die KP ist, so besteht aber die große Gefahr, daß bei Festhaltung der falschen RGO-Taktik, die nächsten Wahlen wieder einen Rückschlag bringen werden. Viele Gemeindearbeiter sagten: „Wir werden sehen, was die Kommunisten können, wenn's auch nichts machen werden, dann gehen wir zu den Nazis.“ Grazer Arbeitslose, Achtung!

Tausende werden bis Ende Mai ausgereutet, ihren Familien, den Frauen und Kindern das letzte Stück Brot geraubt. Die Industrielle Bezirkskommission hat nach der ersten Verlängerung der Notstandsunterstützung von 8 bis 14 Tagen, eine neuerliche Verlängerung von 2 bis 4 Wochen, das ist bis Ende Mai 1. J., durchgeführt. Es werden somit am 30. April, 15. Mai, 28. Mai 6—7000 in Graz und Umgebung ausgereutet. Die Verlängerung der Notstandsunterstützung hat man nicht beschlossen aus Liebe zu den Arbeitslosen, der Grund zur Hinausschiebung der Ausreuterung sind die Gemeinderatswahlen am 24. April in Steiermark. Sozialdemokraten, Christlichsoziale und der Industriellenverband haben aus Furcht vor den Kommunisten der Verlängerung zugestimmt; sie fürchteten die werbende Kraft des Kommunismus bei den Ausgesteuerten. Diese Herren spekulieren gut, denn viele haben die Hoffnung, die Unterstützung wird doch weiter gegeben, und wählen SP oder bürgerlich. Arbeitslose, es zeigt euch, daß die Bürgerlichen und SP, wenn sie wollen, die Unterstützung weiter geben; aber nur, wenn sie Stimmgähler brauchen.

Arbeitslose, dies lehrt euch aber, daß ihr um die Weiterbewilligung kämpfen müßt. Nicht zu Wahlpropagandazwecken darf die Unterstützung mißbraucht werden. Kämpft für die Auszahlung der Unterstützung auf die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit.

Richtlinien für die Ausgesteuerten.

1. Um die NA über die Wintermonate 1932/33 zu bekommen, muß jeder Ausgesteuerte Arbeit oder Arbeitsuche nachweisen können.

2. Ueber die Sommermonate muß jeder Arbeitslose, der jetzt ausgereutet wird, bei seinem Schalter weiter gemeldet bleiben (stempeln), so lange er ohne Arbeit ist.

3. Arbeitslose, die auswärts auf Arbeitsuche gehen, müssen vom Steirischen Arbeitsnachweis einen Bemühungsschein verlangen und bei den Gemeinden oder Betrieben, wo sie sich um Arbeit bemüht haben, auf diesem Schein bestätigen lassen.

4. Jeder soll sich sein Anfragen um Arbeit von den Betrieben, mit Stempel der Firma, auf dem Schein für Arbeitssuchende bestätigen lassen.

5. Jeder Arbeitslose, der auf die Unterstützung Anspruch erhebt, muß diese Anweisungen befolgen, ansonsten hat jeder im Herbst die größten Schwierigkeiten, da die IBK den Arbeitsnachweis, bzw. die Arbeitsuche und Kontrollmeldung (Stempeln) fordert.

Druckfehlerentfernen.

Im Artikel „Raubzug gegen die Grazer Arbeitslosen“ soll es auf Seite 2, Zeile 3, statt „mehrere Wochen vor Ostern“ richtig heißen: „mehrere Tage vor Ostern“.

Im Artikel „Polizeiterror gegen Hunger“ statt Polizeinspektor Nr. 126, richtig Nr. 426.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Garkengasse 1. — Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, II., Nußbaugasse 24. (Im Auftrage der Komm. Linkenopposition.) — Druck: „Arbeiter“, Wien, II., Tabakstraße 53 B.